



Wahlprüfsteine der bayerischen Bauernfamilien zur Landtagswahl 2018

>> Kurzfassung <

Beschluss der Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes am 3. Mai 2018
bei der gemeinsamen Tagung im Haus der bayerischen Landwirtschaft in Herrsching/Ammersee

Wahlprüfsteine: 6 prioritäre Forderungen

- 1. Halbierung des Entzugs landwirtschaftlicher Nutzflächen in den nächsten fünf Jahren:**
Bezugsbasis: 19.203 Hektar - Verlust an Landwirtschaftsfläche in Bayern von 2011 bis 2015 (Bayerisches Landesamt für Statistik vom 23.10.2017);
Wahrung der Planungshoheit der Kommunen.
- 2. Innovative Reform bei der Umsetzung der Ausgleichsregelungen nach Naturschutz- und Baurecht:**
ab 2019 nur noch ortsfeste und rotierende PiK-Maßnahmen und Ökopunkte, kein Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen als Ausgleichsflächen.
- 3. Einführung eines Landwirtschafts- und Waldfonds aus Ersatzgeldern:**
Finanzierung von freiwilligen, speziellen Umwelt- und Naturschutzdienstleistungen von Landwirten und Waldbauern.
- 4. Heimat schmackhaft machen – Vorbildfunktion des Staates:**
100 Prozent Verwendung von verfügbaren Lebensmitteln mit bayerischer Herkunft in staatlichen Gemeinschaftsverpflegungen.
- 5. Einführung der gesetzlichen Grundlagen für wiederkehrende Leistungen bei den HGÜ-Leitungen**
- 6. Einführung eines einfachen, steuerlichen Risikovorsorgeinstruments für Landwirte und Erhalt der steuerlichen Vereinfachungsregelung bei der Umsatzsteuerpauschalierung**

1. Bäuerliche Familienbetriebe und ländliche Räume nachhaltig stärken

- Bäuerliche Familienbetriebe als tragende Säulen des ländlichen Raums stärken
- Eigenständiges Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und weitere Stärkung der Expertise an der LfL und im Ministerium
- Ausbau der „Gruppe Land- und Forstwirtschaft“ zur Fachabteilung an den Regierungen
- Lebendige Dörfer als Herzstück des ländlichen Raums fördern
- Ländlichen Raum für junge Menschen attraktiv gestalten
- Stärkung der Pflege im ländlichen Raum
- Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum
- Zukunft bäuerlicher Familienbetriebe stärken: Einführung eines Fitness-Check als gefördertes Beratungsangebot
- Diversifizierung in der Land- und Forstwirtschaft fördern
- Neuauflage einer Bäuerinnenstudie
- Regionale Lebensmittelerzeugung durch Bayerische Verfassung sichern und 100 Prozent Verwendung von verfügbaren, konventionellen und ökologischen Lebensmitteln mit bayerischer Herkunft in staatlichen Gemeinschaftsverpflegungen in den nächsten 5 Jahren
- Starke Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und Bergregionen über 2018 hinaus
- Kooperativen Umweltschutz stärken und Agrarumweltmaßnahmen attraktiv bezahlen
- Viehhaltung insbesondere auf Grenzertragsstandorten stärken
- Heimat wahren: Felder, Wiesen und Wälder erhalten sowie breite Eigentumsstrukturen und „Bauernland in Bauernhand“ aufrechterhalten
- Bewährte, baurechtliche Privilegierung für bäuerliche Familienbetriebe sicherstellen
- Ländlichen Wegebau fördern und ausreichend Finanzierungsgrundlage für Kernwegenetze
- Umsetzung der Anlagenverordnung: praxistaugliche und leistbare Ausgestaltung
- EUSALP – Grüne Infrastruktur im Alpenraum: absoluten Vorrang für Freiwilligkeit und Kooperation
- Einfachen Umgang mit Erdaushub sicherstellen
- Netzausbau: Akzeptanz insgesamt braucht fairen Interessenausgleich als Basis
- Planungen für Polder: Anliegen der betroffenen Landwirte und Grundeigentümer vollständig berücksichtigen
- Bundesfernstraßen-Maut: umfassende Ausnahme für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge nötig, auch für land- und forstwirtschaftliche Lohnunternehmertätigkeiten.

2. Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2020: solide Evolution

- Starkes EU-Agrarbudget für eine starke GAP nach 2020
- Erste und zweite Säule: Erhalt der Grundstruktur, aber Weiterentwicklung des „Werkzeugkastens“ an Fördermaßnahmen in beiden Säulen
- Vorrang der maßnahmenorientierten Ausgestaltung und Ausrichtung der GAP auf Ziele wie Versorgung, Einkommen, Soziales, Umwelt, Biodiversität und Klimaschutz
- Erste Säule - Direktzahlungen: Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe und praxistaugliches, weiterentwickeltes Greening
- Zweite Säule: Fokus auf landwirtschaftliche Familienbetriebe, nachhaltiges Wirtschaften, Stärkung der Tierhaltung und des ländlichen Raums
- Spürbare Vereinfachungen und weniger Kontrollen für die Bauern
- Verbesserung der Krisenfestigkeit der Landwirtschaft und der Position der Erzeuger in der Wertschöpfungskette.

3. Ökologischen Landbau weiter stärken

- Stabile rechtliche Rahmenbedingungen
- Sicherstellung der Prozessorientierung bei der EU-Ökoverordnung
- Wahrung der Erzeugungsstandards und des Vorsorgeprinzips des heimischen Ökolandbaus bei Handelsabkommen
- Weitere Erschließung der soliden Marktpotenziale für den heimischen Ökolandbau
- Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch Bund und Länder zur Fortsetzung einer soliden Förderung des Ökolandbaus in der Phase der Umstellung und der Beibehaltung
- Öffentliche Agrarforschung deutlich ausbauen – Bundesprogramm Ökologischer Landbau deutlich aufstocken
- Stabiler Förderrahmen für Öko-Ausgleichszahlungen
- Ökolandbau auch als produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahme anerkennen
- Ökomarkt an heimische Öko-Rohstoffe koppeln.

4. Umweltpolitik und nachhaltiges Wirtschaften

- Biodiversitätsstrategie über Freiwilligkeit und Kooperation zu weiterem Erfolg führen
- Kooperativen Gewässerschutz erhalten und stärken

- Erhalt des aktuellen Umfangs an landwirtschaftlichen Nutzflächen und Stopp des weiteren Flächenentzugs bei Acker- und Grünland
- Naturschutz und NATURA 2000: Vorrang für kooperativen Naturschutz als Erfolgsmodell
- Artenschutz bedarf Dynamik und darf Land- und Forstwirtschaft nicht verhindern
- Wolf, Biber, Fischotter und Co.: Schutzstatus ist sachgerecht anzupassen
- Wolf und andere große Beutegreifer: Berglandwirtschaft, Weide- und Freilandhaltung in Gefahr
- Neue Düngeverordnung: Ausreichende Nährstoffversorgung der Pflanzen muss Grundlage des Düngerechts bleiben – praxistaugliche Umsetzung in Bayern
- Gesunde Pflanzen und Erzeugnisse sind das Bewirtschaftungsziel
- Verantwortungsvoller Pflanzenschutz bedarf wissenschaftlich basierter Zulassung
- Wirksame und umweltverträgliche Pflanzenbehandlung bedarf ausreichender Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln
- Klimaschutz: Besondere Rolle der Landwirtschaft anerkennen
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel entwickeln
- Treibhausgasminderung in der Land- und Forstwirtschaft anerkennen
- Fracking gefährdet Produktionsgrundlagen
- Hochwasserschutz und Wahrung des Eigentums
- Umsetzung der NERC-Richtlinie und TA Luft: Bäuerliche Tierhaltung und deren Entwicklungsperspektiven nicht gefährden
- Trinkwassersparende Maßnahmen beim Neubau von Wohnhäusern.

5. Tierhaltung und Tierschutz: Praxistaugliche Weiterentwicklung ohne Strukturbrüche

- Vorankündigung von CC-Kontrollen im sogenannten weißen Bereich
- Praxistaugliche Befassung ohne Strukturbrüche, unter anderem bei:
 - Haltungsbedingungen
 - Anbindehaltung
 - Nicht-kurative Eingriffe am Tier
 - Antibiotikaeinsatz
- Kein verpflichtender Nachweis von Sachkunde für Nutztierhalter
- Afrikanische Schweinepest: interne Prävention und bestmögliche Vorbereitung
 - Biosicherheit entlang der Verkehrswege erhöhen
 - Schwarzwildbestand konsequent und nachhaltig reduzieren
 - Sensibilisierung erhöhen und Verbraucherinformation verbessern
 - Drittlandexport: Anerkennung der Regionalisierung durchsetzen
 - Finanzmitteln für Prävention bereitstellen
 - Krisenpläne und Krisenkommunikation jetzt vorbereiten und abstimmen
 - Impfstoff entwickeln
- Kennzeichnung von Fleisch nach Haltungsform: machbar und effektiv im Sinne der Landwirte angehen.

6. Digitalisierung und Bauernhof 4.0

- Schnelles Internet zügig flächendeckend ausbauen, Mobilfunklöcher stopfen
- Open Data bereitstellen
- Datensicherheit und Datenhoheit gewährleisten
- Maßgeschneiderte Förderprogramme und Anschubfinanzierungen auflegen
- Bildungsoffensive Digitalisierung starten
- Innovativer Ackerbau.

7. Bildungspolitik

- Landwirtschaft und Schule: Alltagskompetenz und Lebensökonomie vermitteln
- Erwachsenenbildung im ländlichen Raum sicherstellen
- Novelle des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes muss auch künftig eine solide Unterstützung für das Bildungswerk des Bayerischen Bauernverbandes und aller anderen Bildungswerke gewährleisten
- Aus-, Fort-, Weiterbildung von und für Bäuerinnen und Bauern stärken
- Universitäten und Hochschulen: Lehre und Forschung für Land- und Forstwirtschaft sowie für Gartenbau unterstützen
- Berufsspezifische Weiterbildung in der Landwirtschaft: lebenslanges Lernen stärken.

8. Forschung und Wissenstransfer

- Ausbau einer exzellenten und eigenständigen Agrarforschung mit sowohl Grundlagenforschung als auch angewandter Forschung
- Ausbau der angewandten Agrarforschung vor allem in Bezug auf landwirtschaftliche Familienbetriebe
- Ausbau des breiten und direkten Wissenstransfers von praxistauglichen Ergebnissen aus der angewandten Forschung an die vielfältig strukturierten Betriebe der Land- und Forstwirtschaft
- Einfache Förderverfahren für Forschungsansätze in Richtung Innovationen hinsichtlich der gesamten Wertschöpfungs- und Vermarktungskette

- Sicherung und Ausbau der starken Agrarforschungsnetzwerks von TU München, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, Landesanstalt für Landwirtschaft und Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft.

9. Wald und Jagd

- Schützen durch Nützen
- Eigentumsrechte stärken
- Waldumbauprogramm 2030
- Hilfe zur Selbsthilfe – Bayerische Waldbauernschule und Beratung durch Forstverwaltung
- Wettbewerbshindernisse abbauen
- Selbsthilfeorganisationen noch besser unterstützen
- Bioökonomie als Schlüsselbranche der Zukunft
- Wirksamer Schutz der Wälder vor Kalamitäten
- Bekenntnis zum bewährten Jagdrecht
- Jagd in Schutzgebieten nicht einschränken
- Wirksamer Schutz vor Wildschäden in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft
- Wald(besitzer)orientierte Jagd
- Wirksame Seuchenprävention durch Intensivierung der Jagd
- Maßnahmen zur Wildlebensraumverbesserung, Wildlebensraumberater
- Wolf, Wildgänse, Rabenvögel, Fischotter und Co.

10. Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe

- Sicherung des Anlagenbestands grundlastfähiger Bioenergie
- Berücksichtigung individueller Anforderungen bei Ausschreibungen nach EEG
- Schaffung zusätzlicher Vermarktungswege auch außerhalb des EEG
- Erweiterung der Bagatellregelung für Festvergütung nach EEG 2017
- Vielfältige Nutzungspfade Nachwachsender Rohstoffe stärken
- Bioökonomie: Potenziale der Land- und Forstwirtschaft nutzen
- Biokraftstoffe: Keine Rückschritte bei der Förderung.

11. Nein zum GVO-Anbau und zu Patenten auf Pflanzen und Tieren

- Festhalten am Nein zum Anbau von GVO in Europa
- Keine Patente auf Pflanzen und Tiere.

12. Ernährungs- und Verbraucherbildung

- Unterrichtung von „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ in einem eigenständigen Schulfach
- Vermittlung von haus- und landwirtschaftlichem Verständnis in Lehreraus- und -fortbildungen sowie einen verpflichtenden Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes alle fünf Jahre und die Einbindung externer Fachkräfte in den Unterricht
- Weiterführung, finanzielle Aufstockung und Ausweitung des Projekts „Landfrauen machen Schule“.

13. Märkte, Rahmenbedingungen und Risikomanagement

- Kaufkräftige Märkte regional und global nutzen: „Sowohl/als auch“, statt „Entweder/oder“
- Stärkung flexibler und marktkonformer Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Verarbeitern
- Umsetzungsmaßnahmen anlässlich des Sektorberichts des Bundeskartellamts zum deutschen LEH
- Risikomanagement stärken, staatliche Notfallinstrumente sicherstellen
- Anliegen zur Stärkung der Milcherzeuger.

14. Handel und Handelsabkommen: Standards schützen, Chancen ausloten

- Sicherung der hohen EU-Standards bei Einfuhren aus Drittländern
- Unbedingte Wahrung des EU-Vorsorgeprinzips und der Prozessqualität bei Agrarprodukten
- Besonderer Schutz für sensible Produkte
- Schutz geographischer Herkunftsangaben
- Wahrung der staatlichen Rechtshoheit.

15. Steuerpolitik

- Änderung der Grundsteuer mit Augenmaß
- Eigenbetriebliche Risikovorsorge stärken
- Umsatzsteuerpauschalierung erhalten
- Siedlungsrechtliches Vorkaufsrecht: Abschaffung der doppelten Grunderwerbssteuer.

16. Sozialpolitik

- Anrechnung der landwirtschaftlichen Altersrente auf die Beamtenversorgung abschaffen
- Fortführung einer starken Finanzierung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung auf Bundesebene
- Arbeitszeitgesetz flexibler gestalten / Befristung bei der kurzfristigen Beschäftigung streichen#
- Mütterrente: Anerkennung von drei Jahren Kindererziehungszeit für alle
- Alterssicherung: Beitragszuschuss anheben.